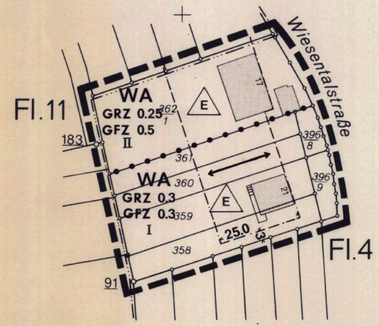


Maßstab 1:1000

ZEICHENERKLÄRUNG

NACH DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 30.7.1981
(BGBl I S. 833)

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA — Allgemeine Wohngebiete

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GRZ 0,3 — Grundflächenzahl z.B. GRZ 0,3

GFZ 0,6 — Geschoßflächenzahl z.B. GFZ 0,6

II — Zahl der Vollgeschosse Höchstgrenze z.B. II

3. BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

E — Nur Einzelhäuser zulässig

Baugrenze

4. VERKEHRSFLÄCHEN

Straßenverkehrsflächen

Straßenbegrenzungslinie

5. SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebiets

vorhandene Gebäude

Geplante Gebäude (Ausmaß unverbindlich)

Flurstücksgrenze

Flurgrenze

Gebäudehauptrichtung

Planungsunterlagen hergestellt nach dem unter Zugrundelegung der Flurkarte entstandenen städtischen Kartenwerk durch das Vermessungsamt Wiesbaden (Vermessungsdienststelle nach § 8 Nr. 3 Katastergesetz)
Wiesbaden, den 20.10.1988
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN 16
Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Ltd. Vermessungsdirektor

Die Änderung des Bebauungsplanes nach § 13 BauGB wurde durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom —— Nr. —— eingeleitet.
Den Grundstückseigentümern der von Änderungen betroffenen und benachbarten Grundstücke, sowie den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange wurde gemäß § 13 BauGB am 05.08.1988 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
Wiesbaden, den 20.10.1988
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN 16
Der Magistrat
H. Wallmann
Bürgermeister

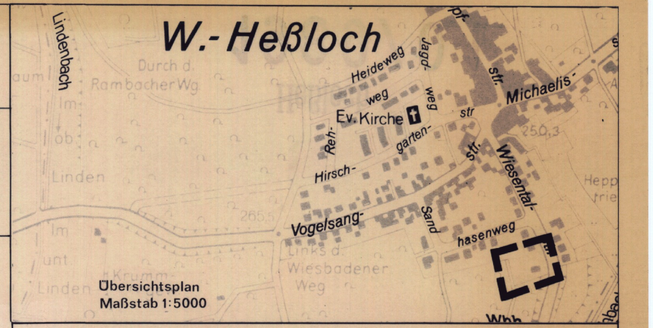
Dieser Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 5 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. Juli 1960 (GVBl. 1960 S. 103) durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 28.03.1989 Nr. 31 als Satzung beschlossen.
Wiesbaden, den 10.04.1989
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN 16
Der Magistrat
Oberbürgermeister

~~Durchführung des Anzeigeverfahrens gemäß Erlaß – VC 21 – 61 d 04/15~~
~~Wiesbaden, den~~
~~Der Hess. Minister des Innern~~
~~Im Auftrag~~

( )

Der Satzungsbeschluß
~~Die Durchführung des Anzeigeverfahrens~~ wurde gemäß § 12 BauGB am 10.05.1989 ortsüblich bekannt gemacht.
Mit Wirksamwerden dieser Bekanntmachung tritt die Änderung des Bebauungsplanes am 11.05.1989 in Kraft. Vom Tage der Bekanntmachung an wird der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht im Verwaltungsgebäude Wiesbaden, Gustav Stresemann-Ring 1, bereitgehalten; über seinen Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben.
Wiesbaden, den 12.05.1989
LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN 16
Der Magistrat - Vermessungsamt
Im Auftrag
Ltd. Vermessungsdirektor

Die Festsetzungen des Bebauungsplanes Wiesbaden - Heßloch 1973 / 1 werden bis auf die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise im Geltungsbereich dieser Bebauungsplanänderung aufgehoben. Die textlichen Festsetzungen bzw. Hinweise des Bebauungsplanes Wiesbaden - Heßloch 1973 / 1 sind somit Bestandteil dieses Bebauungsplanes.



LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN

BEBAUUNGSPLAN

"WIESBADEN - HESSLOCH - III. AENDERUNG"

in Wi.-Hessloch

Diesem Plan ist eine Begründung beigefügt.
Dieser Plan enthält Festsetzungen nach § 9 des Baugesetzbuches vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), der Baunutzungsverordnung (BauNVO) und der Hess. Bauordnung vom 31. August 1976 (HBO).